

Aufarbeitung: Welche Lehren ziehen wir vor Ort aus der Corona-Zeit?

Worum geht es: Eine moderierte öffentliche Podiumsdiskussion mit Vertretern der Stadt und Bürgern

Anzufragende Podiumsteilnehmer: Bürgermeister, Vertreter Gesundheitsamt Stadt bzw. Landkreis, Vertreter der Ärzteschaft, Vertreter von Kritikern der Maßnahmen in Berufen mit allgemeiner Verantwortung, z.B. kritische Lehrer, kritische Ärzte, kritische Staatsanwälte (Kritiker und Befürworter der Maßnahmen zahlenmäßig ausgeglichen auf dem Podium)

1. Impulsvortrag (20 min): Neue Erkenntnisse aus den im März 2024 freigelegten RKI-Protokollen

- RKI im Mai 2020 intern: Inzidenzgrenzwert von 50 als Schwelle für Grundrechtsbeschränkungen „aus fachlicher Sicht weitgehend abgelehnt“, wurde ohne wissenschaftliche Grundlage auf politischen Druck beschlossen (1)
- RKI im Oktober 2020 intern: „breiter Einsatz“ von FFP2-Masken „nicht evidenzbasiert“, wegen des „erheblichen Atemwegwiderstandes“ insbesondere „Pflegeheimbewohnern nicht zuzumuten“ (1)
- RKI im März 2021 intern: „Privilegien“ für Geimpfte und Genesene (wie später mit 2G/3G umgesetzt) „fachlich nicht begründbar“, „Impfzertifikat soll Erfassung von Impfwirkung, Spätfolgen etc. ermöglichen, nicht Grundlage für Kategorien und Vorrechte sein“, „ethische Gründe“, wie „Diskriminierung“ sprächen dagegen (1)
- Virologe Klaus Stöhr im April 2024: RKI hätte sich von einigen Maßnahmen „distanzieren müssen“, „machte sich zum Handlanger politischer Fehlentscheidungen“ (2)
- Abseits der RKI-Protokolle, Stiko-Mitglied im August 2024: Corona-Impfempfehlung für fünf- bis elfjährige Kinder im Mai 2022 erfolgte aufgrund des Drucks von Politik und Medien, medizinisch „überflüssig“, Empfehlung fachlich auf „dünnem Boden“, Stiko damals in einer „Druckblase“ der Politik (3)
- Verwaltungsgericht Osnabrück urteilt im September 2024, mit Verweis auf die RKI-Protokolle: einrichtungsbezogene Impfpflicht „im Laufe des Jahres 2022 in die Verfassungswidrigkeit hineingewachsen“, „seitens der Bundesregierung suggerierte und auch vom Bundesverfassungsgericht zugrunde gelegte Annahme, dass die Impfungen in jedem Fall einen wirksamen Fremdschutz darstellten“ war „tatsächlich falsch“. Gericht: „Die oftmals grundrechtsrelevanten Entscheidungen, mit denen sich die Politik offenkundig eigenmächtig und ohne weitere wissenschaftliche Grundlage über die Empfehlungen des dazu berufenen Instituts [RKI] hinweggesetzt bzw. diese durch Weisungen und Anmerkungen beeinflusst hat, entbehren einer unabhängigen und verlässlichen wissenschaftlichen Grundlage.“ (4)

2. Diskussion des Podiums untereinander und mit dem Publikum

Welche Lehren ziehen Verantwortliche vor Ort daraus? Beim „nächsten Mal“ wieder alles umsetzen, was „von oben“ angeordnet wird? Wie kann die Kompetenz der Entscheider vor Ort in Behörden und medizinischem Bereich gestärkt werden, Verordnungen auch zu hinterfragen? Wie können Geschädigte der Maßnahmen und auch Geschädigte der Corona-Impfung seitens der Stadt jetzt unterstützt werden?

Quellen:

- (1) <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/rki-protokolle-und-die-wissenschaft-verschiedene-wahrheiten-47499784>
- (2) <https://archive.ph/jXe6U>
- (3) <https://multipolar-magazin.de/meldungen/0090>
- (4) <https://voris.wolterskluwer-online.de/browse/document/88f7ed45-ebf8-43d5-936a-e151430f7103>